

«Sand in die Augen»: Leuthard zu AKW-Plan

Die ehemalige Bundesrätin referierte an der Versammlung der Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber zur Energiestrategie.

Fabian Hägler

An jedem Platz im Gemeindegemeinschaftssaal von Möriken-Wildegg, wo sich der Verband der Aargauer Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber am Montag zur Generalversammlung traf, lag eine aktuelle AZ-Ausgabe. Unten auf der Frontseite hatte die SVP ein Inserat geschaltet, das darauf hinwies, dass am Dienstag im Grossen Rat ihre Standesinitiative im Grossen Rat behandelt wird, die eine Aufhebung des Bauverbots für neue Atomkraftwerke fordert.

Als Gastreferentin trat alt Bundesrätin Doris Leuthard auf – also die frühere Energieministerin, die massgeblich am geltenden Neubauverbot für AKW beteiligt war. Verbandspräsident Michael Widmer hatte Leuthard schon vor Monaten angefragt, dass sie genau am Tag vor der Behandlung des SVP-Vorstosses im Grossen Rat im Aargau referierte, war also Zufall.

«Wir sind erst im vierten Jahr der Umsetzung»

Die frühere Bundesrätin, deren Vater 40 Jahre lang Gemeindeschreiber in Merenschwand war, machte gleich zu Beginn ihres Referats deutlich, dass sie nach wie vor hinter der Energiestrategie 2050 und dem Atomausstieg in der Schweiz steht. «Ich staune oft, dass gewisse Leute meinen, man müsse nun alles wieder ändern, obwohl wir erst im vierten Jahr der Umsetzung sind», sagte Leuthard.

Noch im Frühling 2011 habe es Pläne gegeben, mit Blick auf das Alter der bestehenden Anlagen ein neues Atomkraftwerk zu bauen, sagte Leuthard. Damals gingen Rahmenbewilligungsgesuche bei ihr ein, der Kanton Waadt hatte gar schon eine Volksabstimmung terminiert. Der AKW-Unfall im japanischen Fukushima führte zu einem Umdenken, der Bundesrat beschloss den Atomausstieg und ein Bauverbot für neue AKW. 2017 stimmte die Bevölkerung



Doris Leuthard ist überzeugt, dass die Energiestrategie 2050 auch heute eine klare Mehrheit vor dem Volk finden würde.

Bild: Chris Iseli

der Energiestrategie 2050 deutlich zu, dazu sagte Leuthard vor den Gemeindeschreibern: «Ich habe mich im Aargau nicht nur beliebt gemacht, aber ich bin überzeugt, dass der Entscheid richtig war und dass das Volk der Energiestrategie 2050 heute auch klar zustimmen würde.»

Denn seither habe sich an der Ausgangslage nichts geändert: Kernenergie sei zwar CO₂-frei, aber teuer, das Abfallproblem ungelöst und die Schweiz beim Uran als Rohstoff zu 100 Prozent vom Ausland abhängig. Leuthard ergänzte, niemand würde in ein neues Atomkraftwerk investieren, die Standort-suche wäre schwierig und das Bewilligungs- und Bauverfahren würde 20 bis 25 Jahre dauern.

Es gebe immer wieder Leute und Parteien, die der Ansicht seien, man solle auf den Entscheid zurückkommen, keine neuen AKW in der Schweiz zu



Doris Leuthard im Gespräch mit Jeanine Glarner (FDP-Grossrätin und Gemeindevorstand Möriken-Wildegg) sowie Patrick Gosteli (SVP-Grossrat und Präsident Gemeindeammänner-Vereinigung). Bild: FH

bauen. In der aktuellen Situation würden Politiker, die solche Pläne verfolgten, «den Leuten aber nur Angst machen oder Sand in die Augen streuen», sagte Leuthard. Es sei richtig, an der Kerntechnik zu forschen, aber der Entscheid, keine neuen

AKW zu bauen, lasse sich nicht rückgängig machen.

Energieversorgung zu 70% vom Ausland abhängig

Die frühere Bundesrätin wies darauf hin, dass es nicht nur um die Stromversorgung gehe, son-

dern um den ganzen Energiebedarf der Schweiz. Wenn man die Heizung von Gebäuden und den Verbrauch fossiler Brennstoffe im Verkehr dazuzähle, sei die Schweiz zu rund 70 Prozent vom Ausland abhängig. Dies lasse sich mit der Sanierung von Gebäuden und mehr E-Mobilität reduzieren, sagte Leuthard.

«Ich war nie für Verbote», betonte die Alt-Bundesrätin, die jetzt auch keine Ölheizungen verbieten möchte. Auch ohne diese Massnahme liege bei der Renovierung von Altbauten energietechnisch viel drin, findet Doris Leuthard. Mit den bestehenden Mustervorschriften der Kantone für diesen Bereich sei sie nicht restlos glücklich, diese seien extrem kompliziert. «Von mir aus gesehen wäre es einfacher, man würde nur den Energieverbrauch pro Kubikmeter des Gebäudeinhalts vorschreiben», schlug sie vor.

Wechsel im Vorstand der Gemeindeschreiber

An der Generalversammlung des Gemeindeschreiber-Verbandes wurde Markus Schlatter (Böztal) nach fünf Jahren aus dem Vorstand verabschiedet. Schlatter wird ersetzt durch Benjamin Plüss (Schinznach), der einstimmig gewählt wurde. Die übrigen zehn Mitglieder und Präsident Michael Widmer (Frick) wurden ebenfalls einstimmig bestätigt. Die Versammlung genehmigte auch die Jahresrechnung, die mit einem Plus von gut 5000 Franken schloss. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, soll ein Göttisystem eingeführt werden, damit Neu- oder Quereinsteiger von erfahrenen Berufsleuten begleitet werden. Zudem soll der digitale Stellenmarkt auf der Website verbessert werden. Und der Verband erarbeitet ein Hilfsmittel, um den Gemeinde bei der Rekrutierung von Lernenden zu helfen. (fh)

Zudem müssten die Verfahren für neue Wasserkraftwerke, Stromleitungen oder Windparks massiv verkürzt werden. Heute dauerten diese zu lange und es gebe zu viele Einspruchsmöglichkeiten, kritisierte Leuthard. Zudem könnten lokale Energieversorger die Einspeisetarife von Solarstrom erhöhen, um die Installation von Fotovoltaikanlagen attraktiver zu machen. Und auch bei der Nutzung von Abwärme oder Holz aus kommunalen Wäldern sieht Leuthard noch Potenzial.

Wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien aber weiterhin nur langsam vorankommt, ist für die Alt-Bundesrätin die Folge klar. «Wenn im Winter wenig Strom aus Windparks, kaum Solarstrom und nicht mehr Strom aus Wasserkraftwerken verfügbar ist, dann müssen wir Strom importieren und für den Notfall ein Gaskraftwerk bauen.»

Vorstoss für Ende des AKW-Bauverbots auf Messers Schneide

SVP und FDP wollen via Standesinitiative das nationale AKW-Bauverbot kippen. Mitte lehnt ab, von links kommt vehemente Gegenwehr.

Mathias Küng

Das umstrittenste Traktandum an der Grossratsitzung heute Dienstagmorgen dürfte ein Antrag der SVP-Fraktion sein. Sie will, dass der Aargau via Standesinitiative die Bundesversammlung einlädt, den Artikel 12a des Kernenergiegesetzes ersatzlos zu streichen. Das würde es dem Bundesrat erlauben, eine Rahmenbewilligung für den Bau oder den Betrieb eines neuen Atomkraftwerks auszusprechen (vgl. Artikel oben). Welche Chancen hat der Vorstoss?

FDP: «Wir unterstützen den Vorstoss einstimmig»

«Wir haben ihn in der Fraktions-sitzung schon vor einer Woche

behandelt. Vier Fraktionsmitglieder fehlten, doch die Anwesenden entschieden einstimmig, den Vorstoss zu unterstützen.» Das sagt FDP-Fraktionschef Silvan Hilfiker. Glaubt er denn, damit könne man die schon bald befürchtete Strommangellage angehen? Hilfiker: «Kurz- und mittelfristig braucht es andere Massnahmen, um die schon 2025 befürchtete Mangel-lage abzuwenden. Uns geht es darum, sich keiner Technologie zu verschliessen.» Will die Aargauer FDP denn neue AKW? «Uns geht es darum, für die Zukunft alle Optionen offen zu halten bzw. wieder zu öffnen», antwortet Hilfiker.

Wenn SVP und FDP zusammenstehen, ist für ein Thema

meist entscheidend, wo Die Mitte steht. Fraktionschef Alfons Paul Kaufmann: «Unsere Fraktion hat schon entschieden. Wir lehnen den Vorstoss einstimmig ab. Es ist nicht der Moment, das Baumaterialium zu kippen, zumal die Forschung weiterhin möglich ist.» Wann wäre denn der Moment dafür? «Was in fünf, sechs Jahren sein wird, wissen wir nicht», antwortet Kaufmann. Man fände aber sowieso nirgendwo einen Investor. Die Reaktoren der vierten Generation wären ihm zu wenig sicher, und, so Kaufmann: «Die Kosten für den Rückbau der KKW werden, so wie es sich in Mühleberg abzeichnet, derart hoch sein, dass sich die Frage nachher nicht mehr stellen wird.» In der

Mitte setze man jetzt voll auf Wasser, Sonne und Wind. Solange die bestehenden KKW sicher betrieben werden können, sollen sie aber Strom produzieren.

SVP will alles versuchen, Stimmen herüber zu holen

«Wir haben schon ganz zu Beginn über unsere Fraktion hinaus Gespräche geführt», sagt SVP-Fraktionschefin Desirée Stutz: «Ich würde es sehr bedauern, wenn Die Mitte, die sich ja auch immer noch bürgerlich nennt, tatsächlich Nein stimmen sollte.» Man werde alles versuchen, um mit ihren Argumenten Stimmen herüber zu holen, allenfalls auch von der GLP.

Wo also stehen die Grünliberalen? Sie entscheiden erst heu-

te früh vor der Parlamentssitzung definitiv: «Ich gehe davon aus, dass wir den Vorstoss einhellig ablehnen werden», so Fraktionschefin Barbara Portmann.

SP: Volk hat entschieden, niemand würde investieren

Glasklar ist die Sache für die SP. Sie wehrt sich vehement gegen den SVP-Vorstoss. Der Atomausstieg basiere auf einem klaren Volksentscheid von 2017, wird Nationalrätin Gabriela Suter in einer Mitteilung zitiert: «Dieser muss respektiert werden. Für dessen Aufhebung findet sich keine Mehrheit in Bern.» Die neue SP-Co-Präsidentin Nora Langmoen doppelt nach: «Der Atomstrom ist zwei-

bis dreimal so teuer wie jener aus grösseren Fotovoltaikanlagen. Das lohnt sich wirtschaftlich nicht. Es gibt deshalb niemanden, der in neue AKW investieren will. Das sagen auch der CEO der Axpo und der Präsident von Alpiq.»

Ein SVP-Erfolg ist heute sehr unsicher. Ihre Fraktion sowie die FDP stellen zusammen 66 Sitze. Die Mitte, GLP, EVP, SP und Grüne, die ablehnen werden, haben 74 Sitze. Um weiter zu kommen, würde ein einfacher Mehrheitsbeschluss reichen. Es wird sich zeigen, ob alle genau mit ihrer Fraktion stimmen. Das Schicksal des Vorstosses könnte sogar davon abhängen, auf welcher Ratsseite mehr Grossrätinnen und Grossräte fehlen.